

Entschließungsantrag

der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zur Sechsten Weltklimakonferenz – Verpflichtung und Chance

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der globale Klimawandel ist der deutlichste Ausdruck des unbewältigten Konflikts zwischen den Ansprüchen des Menschen, sich die Erde zunutze zu machen und den Anstrengungen, die Umwelt zu schützen und zu erhalten. Den unverändert hohen Herausforderungen des Klimaschutzes müssen sich vorrangig die Industrieländer als Vorreiter stellen. Sie sind auch dazu aufgerufen, gemeinsam mit den Entwicklungsländern die Chancen einer vorausschauend nachhaltigen Entwicklung zu nutzen, die die Anwendung moderner Technologien mit ressourcenschonenden und effizienten Lebensweisen verbindet.

Auch acht Jahre nach dem Gipfel von Rio de Janeiro hat sich an den globalen Trends der Umweltzerstörung nichts geändert. Die angestrebte Trendwende hin zu einer Reduzierung des Ressourcenverbrauchs und zur Änderung der Produktions- und Konsummuster ist bisher nicht eingetreten. Auch sind die Treibhausgasemissionen auf europäischer Ebene insgesamt nicht gesunken, sondern noch angestiegen. Die Reduktionserfolge in Deutschland, Großbritannien und Luxemburg können diese Entwicklung nicht ausgleichen.

Der Deutsche Bundestag bekräftigt daher seine Einschätzung, dass das Klimaprotokoll von Kyoto einen deutlichen Fortschritt für den globalen Klimaschutz darstellt. Er begrüßt, dass erstmals verbindlich Begrenzungs- und Reduktionsverpflichtungen für die Industrieländer vereinbart wurden und auf der 4. Vertragsstaatenkonferenz in Buenos Aires ein konkreter Zeitplan für die Ausgestaltung des Kyoto-Protokolls erarbeitet wurde.

2. Der Deutsche Bundestag nimmt mit großer Sorge zur Kenntnis, dass sich die Verhandlungen zur Umsetzung der Klimarahmenkonvention insgesamt sehr langwierig und schwierig gestalten. Die Verhandlungen in den vorbereitenden Sitzungen der Nebenorgane für Implementierung (SBI) und für die wissenschaftliche und technische Beratung (SBSTA) der Klimarahmenkonvention (KRK) haben aber den Willen gezeigt, auf der nun bevorstehenden 6. Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention in Den Haag die notwendigen Beschlüsse zur Ausgestaltung des Kyoto-Protokolls zu fassen.

Als Hauptverantwortliche für die bisherigen Treibhausgasemissionen und aufgrund ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft sind es die Industrieländer,

die die klimapolitische Integrität des Kyoto-Protokolls sicherstellen müssen. Es muss verhindert werden, dass durch umweltpolitisch nicht hinnehmbare Schlupflöcher die Wirksamkeit des Protokolls in Frage gestellt wird.

Der Deutsche Bundestag unterstreicht erneut das nationale Klimaschutzziel, die CO₂-Emissionen bis zum Jahre 2005 gegenüber 1990 um 25 % zu senken. Er begrüßt die Verabschiedung des für seine Verwirklichung notwendigen nationalen Klimaschutzprogrammes durch die Bundesregierung. Er stellt fest, dass dieses anspruchsvolle und umfangreiche Programm geeignet ist, international ein Beispiel für eine aktive Klimaschutzpolitik zu geben. Gleichzeitig betont er, dass Klimavorsorge letztlich nur dann durchgreifenden Erfolg haben kann, wenn sie gemeinsam von der Staatengemeinschaft betrieben wird.

Der Deutsche Bundestag unterstreicht, dass auch auf europäischer Ebene verstärkt an einer umfassenden und integrierten Klimapolitik gearbeitet werden muss. Bei der Unterzeichnung des Protokolls von Kyoto hat sich die Europäische Gemeinschaft dazu verpflichtet, die Treibhausgasemissionen bis zum Zeitraum 2008/2012 um 8 % zu verringern. Auf Deutschland entfällt dabei im Rahmen der EU-Lastenaufteilung im genannten Zeitraum eine Emissionsreduktion von 21 %.

Der Deutsche Bundestag unterstützt daher nachdrücklich die Europäische Kommission bei ihrem gegenwärtigen Versuch, ein europäisches Klimaschutzprogramm, das konkrete Politiken und Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene enthält, in Zusammenarbeit mit den Regierungen der Mitgliedstaaten sowie Wirtschaftsvertretern und anderen Akteuren zu erarbeiten. Er betont, dass das Ergebnis dieses Prozesses klare und aufeinander abgestimmte Maßnahmenempfehlungen an den Rat sein sollen. Vor diesem Hintergrund betont der Deutsche Bundestag die Notwendigkeit, Klimaschutzpolitik in alle anderen relevanten Politikbereiche, insbesondere Wettbewerbspolitik, Energiepolitik, Regionalpolitik, Verkehrs-, Landwirtschafts-, Finanz- und Forschungspolitik zu integrieren. Nur auf diesem Wege wird es gelingen, den Prozess einer nachhaltigen Entwicklung in Gang zu setzen.

In diesem Zusammenhang beurteilt der Deutsche Bundestag das Grünbuch der EU-Kommission zum Handel mit Treibhausgasen in der Europäischen Union als interessanten Vorschlag. Er sieht das Konzept des Emissionshandels innerhalb der Europäischen Union als eine potentiell vielversprechende Ergänzung zu anderen Politiken und Maßnahmen und unterstützt die Analyse der Möglichkeiten und notwendigen Rahmenbedingungen.

Die im Kyoto-Protokoll enthaltenen Verpflichtungen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen werden vor allem durch die Einsparung von Energie, rationeller Energienutzung und den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien und moderner Technologien sowie durch ein verändertes Konsum- und Produktionsverhalten erreichbar sein. Für die deutsche Wirtschaft bietet sich hier eine Chance, ihre internationale Spitzenstellung in der Umwelttechnik zu nutzen und weiter auszubauen.

Der Deutsche Bundestag hält eine EU-weit harmonisierte Energiebesteuerung für erforderlich und unterstützt die Bundesregierung nachdrücklich in ihren Bemühungen, diese Harmonisierung so schnell wie möglich herbeizuführen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich bei der 6. Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention vom 13. bis 24. November 2000 in Den Haag (COP 6) für ein baldiges Inkraft-

treten, spätestens bis zur Rio+10-Konferenz einzusetzen. Er bittet die Bundesregierung, in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Union in Den Haag die gemeinsamen Ziele nachdrücklich zu vertreten und zügig durchzusetzen.

2. Der Deutsche Bundestag bekräftigt seine Aufforderung an die Bundesregierung, die im Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Bundestagsdrucksache 14/1956) formulierten Ziele zur Ausgestaltung und Nutzung der Prinzipien, Regeln, Modalitäten und Richtlinien für die Kyoto-Mechanismen, Emissionshandel (Emissions Trading, ET), gemeinsame Umsetzung von Reduktionsverpflichtungen (Joint Implementation, JI) und Mechanismen für eine umweltverträgliche Entwicklung (Clean Development Mechanism, CDM) konstruktiv zu verfolgen und durchzusetzen:

- Das Ergebnis der Verhandlungen muss sicherstellen, dass es global zu tatsächlichen Emissionsreduktionen kommt, die verifizierbar sind und auf der Basis eines wirksamen und transparenten Kontroll- und Sanktionensystems effizient gesteuert werden.
- Die Kyoto-Mechanismen dürfen nationale Klimaschutzmaßnahmen nur ergänzen; nationale Maßnahmen müssen den wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der in Kyoto übernommenen Verpflichtungen der Industrieländer sein. Mindestens 50 % der zugesagten Treibhausgasreduzierungen müssen deshalb durch Maßnahmen im eigenen Land sichergestellt werden.
- Der Handel mit Emissionszertifikaten kann als ein flexibles Instrument für einen kostengünstigen Klimaschutz dienen. Zu den Kernelementen eines Kriterienkatalogs für die Einführung eines nationalen bzw. EU-weiten Treibhausgasemissionshandels gehören u. a. klare und vorhersehbare Reduktionsziele, die Beteiligung aller wesentlichen Unternehmen, die nichtdiskriminierende Bereitstellung und Verteilung der Emissionsanteile, eine effiziente Praktikabilität, Transparenz und Kompatibilität mit bereits wirksamen Instrumenten wie z. B. der Vereinbarung der deutschen Wirtschaft zur CO₂-Einsparung im Rahmen der Klimavorsorge, eine Bewertung der Zertifikate sowie die Vermeidung von Mitnahmeeffekten und Wettbewerbsverzerrungen.
- Projekte für den „Mechanismus der sauberen Entwicklung“ (CDM) sowie der „gemeinsamen Umsetzung“ (JI) von Reduktionsverpflichtungen müssen hocheffiziente, umweltfreundliche und sozialverträgliche Technologien von den westlichen Industrieländern in die Entwicklungsländer und in die Staaten Mittel- und Osteuropas transferieren bzw. in den Industrieländern entsprechenden Mindeststandards genügen, die sorgfältig zu definieren sind.

Trittbrettfahrerprojekte sowie Projekte mit zweifelhafter Umwelt- oder Sozialauswirkung müssen durch wirksame Regelungen ausgeschlossen werden.

Der Deutsche Bundestag steht der Einbeziehung von CO₂-Senken in die Emissionsbilanzen skeptisch gegenüber. Aufforstung und Wiederaufforstung sind sinnvolle Maßnahmen, können aber Maßnahmen der Emissionsverminderung nicht ersetzen.

Die Bundesregierung soll dafür Sorge tragen, dass in der Frage der Einbeziehung von CO₂-Senken in die Regelungen des Kyoto-Protokolls keine neuen Schlupflöcher eröffnet werden. Die Zulässigkeit von CO₂-Senken im CDM ist nicht möglich. Des Weiteren ist dafür Sorge zu tragen, dass Kernkraftwerke im Rahmen des CDM keine Rolle spielen werden.

3. Der Deutsche Bundestag erkennt an, dass viele Entwicklungsländer Maßnahmen zum Klimaschutz ergriffen und damit beachtliche Fortschritte bei der Entkopplung ihres Wirtschaftswachstums vom Wachstum ihrer Emissionen erzielt haben. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf, die Entwicklungsländer in diesem Bemühen weiterhin wirksam zu unterstützen.

Eine besondere Rolle gebührt hierbei der Unterstützung beim Aufbau institutioneller und personeller Kapazitäten zur Durchführung von Projekten im Rahmen des CDM. Der Deutsche Bundestag nimmt außerdem die Sorge vieler Entwicklungsländer über mögliche Gefahren des künftigen globalen Klimawandels zur Kenntnis und fordert die Bundesregierung daher auf, besonders gefährdete Entwicklungsländer dabei zu unterstützen, sich besser auf die möglichen Folgen des Klimawandels vorzubereiten.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, dafür einzutreten, dass die Entwicklungsländer am Klimaschutz beteiligt werden.

Berlin, den 8. November 2000

Dr. Peter Struck und Fraktion
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion